Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1869

17.11.1869 (No. 270)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 17. November.

Nr. 270. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1869.**

Telegramme.

† **München,** 16. Nov. Die Antwort der hiesigen Juristenfakultät auf die Konzilfragen besagt: Durch die Dogmatisirung der Syllabussätze über die Unfehlbarkeit des Papstes wird an und für sich das Verhältniß zwischen Staat und Kirche nicht alterirt; bei der praktischen Geltendmachung dieser Dogmatisirung jedoch werde das bisherige Verhältniß zwischen Staat und Kirche prinzipiell umgestaltet und beinahe die gesammte Gesetzgebung bezüglich der Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche in Bayern in Frage gestellt.

† **Florenz,** 15. Nov., Abds. Die offizielle Zeitung veröffentlicht das bereits angekündigte Amnestiedekret. Dasselbe begnadigt alle wegen politischer Vergehen Verurtheilten. Gemeine Verbrechen, Vergehen in der Nationalgarde und bei Gelegenheit der Einführung der Mahlsteuer wegen Widersetzlichkeit Verurtheilte sind ausgenommen. — Zur Untersuchung des Unfalls auf der Fregatte „Castelfidardo" ist eine Kommission niedergesetzt worden. — In dem Prozeß Lobbia verurtheilte das Gericht den Major Lobbia zu einem Jahr Militärhaft, Martinati zu sechs, Caregnato und Novelli zu drei Monat Gefängniß.

† **Paris,** 16. Nov. Das „Journ. offiziel" meldet: Bei Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens sagte der Botschafter des Norddeutschen Bundes, Frhr. v. Werther: „Ich werde nur dem ausdrücklichen Willen meines Souveräns gehorchen, indem ich alle meine Kräfte der Aufgabe widme, die in so glücklicher Weise zwischen den Höfen und Regierungen von Frankreich und Preußen, wie dem Norddeutschen Bunde bestehende Freundschaft und das vollkommene Einverständniß derselben zu erhalten und zu befestigen, die auf den gegenseitigen Interessen der beiden Länder, deren weitere Entwicklung von ihnen lebhaft gewünscht wird, beruhen." Der Kaiser antwortete: „Ich würdige die Gesinnungen vollkommen, welche Sie im Namen Ihres Souveräns ausdrücken. Ich wünsche die Erhaltung der guten Beziehungen zwischen den beiden Regierungen und die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Preußen, dem Norddeutschen Bunde und Frankreich und kann mir nur Glück wünschen zu der von Ihrem König getroffenen Wahl, indem er Sie nach Paris sandte. Ich bitte Sie, darauf zu rechnen, daß Sie bei uns eine freundliche Aufnahme finden werden."

† **Paris,** 16. Nov. Eine gestern stattgehabte Versammlung von 2000 Personen verhöhnte das Manifest der Linken und faßte fast einstimmig die Resolution: Gambetta habe das Volk verrathen.

Deutschland.

Karlsruhe, 16. Nov. Ihre Königliche Hoheit die Frau Großherzogin und Ihre Kaiserl. Hoheit die Prinzessin Wilhelm sind heute Abend nach 5 Uhr von Koblenz in die Residenz zurückgekehrt.

Karlsruhe, 16. Nov. Der heute erschienene „Staatsanzeiger" Nr. 32 enthält (außer Personalnachrichten):

I. Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden. 1) Bekanntmachung des Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: die Aufhebung des Konsulatpostens in Lissabon betr.; 2) des Justizministeriums: a. die Vorbereitung zum öffentlichen Dienste in der Verwaltung der freiwilligen Gerichtsbarkeit, hier die Befähigung der Notariatspraktikanten zur Praxis betr. Auf Grund der in § 6 der höchsten Verordnung vom 24. Juli 1865, die Vorbereitung zum öffentlichen Dienste in der Verwaltung. Nachbenannte Notariatspraktikanten wurden nach abgelegter praktischer Prüfung zur Anstellung als Notare für befähigt erklärt: M. Melder von Endingen, M. Dietrich von Hilzingen, J. Breunig von Buchen, R. Rubi von Offenburg, Ph. Schmid von Hattingen, K. Schmidt von Konstanz; dem Notariatspraktikanten Otto Reiner von Nußbach wurde die durch die Prüfung erlangte Befähigung zur Praxis entzogen; b. die Prüfung der Rechtskandidaten betr. Die für dieses Spätjahr in Aussicht genommene erste juristische Staatsprüfung kann erst nach Beginn des neuen Jahres abgehalten werden. An die Rechtskandidaten, welche sich zu derselben nach Vorschrift von § 4 der Verordnung vom 6. Mai 1868 angemeldet haben, wird seiner Zeit besondere Vorladung ergehen; c. den zwischen dem Hrn. Grafen Karl zu Leiningen-Neudenau und zwischen der Frau Gräfin Marie zu Leiningen-Neudenau Namens der minderjährigen Söhne der letzteren abgeschlossenenen Vertrag vom 15. Mai 1869 betr.; 3) des Ministeriums des Innern: a. die Generalagentur für die westdeutsche Versicherungs-Aktienbank in Essen betr.; b. die Gründung einer Stiftung zur Unterstützung Studirender aus dem Großherzogthum Baden an der Universität Heidelberg bei Erfüllung ihrer Wehrpflicht als Freiwillige auf ein Jahr betr; 4) des Handelsministeriums: Den Vollzug des Gesetzes über die Verbesserung der Feldeintheilung, hier Ernennung der Mitglieder der Ministerialkommission für Feldbereinigung betr. Auf Grund des § 2 der landesherrlichen Verordnung vom 18. v. M. wurden Ministerialrath L. Turban zum Vorsitzenden, Ministerialrath Dr. L. Rau und Landeskultur-Inspektor Fr. Sulzer zu Mitgliedern der Ministerialkommission für Feldbereinigung ernannt; 5) des Finanzministeriums: Das Ergebniß der im Oktober d. J. stattgehabten Prüfung der Kameralkandidaten betr. (Bereits mitgetheilt.)

II. Diensterledigung. Die Stelle eines Assistenzarztes in Herrischried, Bezirksamt Säckingen, ohne Staatsdiener-Eigenschaft mit einem Gehalte von 400 fl.

München, 14. Nov. Einige Blätter erwähnten dieser Tage eines Schreibens, welches der König an den Hrn. Erzbischof von München gerichtet hat; der „Nürnb. Korr." theilt dieses interessante Schreiben mit. Dasselbe lautet:

Mein lieber Erzbischof von Scherr! Mit Vergnügen habe ich das Hirtenschreiben der in Fulda versammelt gewesenen Bischöfe entgegengenommen, welches Sie die Aufmerksamkeit hatten, Mir zu übersenden. Ich habe es mit jenem Interesse gelesen, dessen ein so wichtiges Aktenstück würdig ist, und freue Mich, in demselben die Ueberzeugung der versammelten deutschen Bischöfe ausgesprochen zu finden, daß das bevorstehende allgemeine Konzil keine Lehren verkünden werde, welche mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit, mit dem Rechte des Staats und seiner Obrigkeiten und mit den wahren Interessen der Wissenschaft oder mit der rechtmäßigen Freiheit und dem Wohle der Völker im Widerspruche stehen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der Geist der Mäßigung, von welchem die Fuldaer Versammlung beseelt war, auch bei dem allgemeinen Konzile Geltung finden und dasselbe die heilsamen Folgen für die katholische Kirche haben werde, welche jeder gute Katholik von einer allgemeinen Kirchenversammlung erwartet. Ich verbleibe mit geneigten Gesinnungen Ihr gnädiger König (gez.) Ludwig. — Lindenhof, den 21. Oktober 1869.

München, 14. Nov. Die „Corresp. Hoffmann" meldet: Die bekannten Führer der patriotischen Bauernvereine, Frhr. v. Hafenbrädl und Dr. Pfähler, ließen bei einer jüngst abgehaltenen Versammlung in Auerbach aussprengen, daß sie im Auftrage des Königs reisen. Der König hievon in Kenntniß gesetzt, hat dem Bezirksamtmann sofort telegraphisch eröffnen lassen, daß die Vorgabe der genannten Herren, in seinem Auftrage zu reisen, durchaus unwahr sei, und hat zugleich befohlen, daß diese jeden Grundes entbehrende Erfindung sofort und allerseits widerrufen werde.

Braunschweig, 13. Nov. Gestern Morgen 10 Uhr wurde der Landtag vom Staatsminister v. Campe im Namen des Herzogs mit einer Rede eröffnet, in welcher es nach dem „Braunschw. Tagebl." heißt:

In enger Verbindung mit der Finanzlage des Landes steht eine andere hochwichtige Frage, deren schwer wiegende Lösung Ihrer einsichtsvollen Prüfung besonders empfohlen wird. Es ist dies die Frage, ob es im Interesse des Landes für rathsam zu halten ist, daß zum Verkaufe der hiesigen Staatseisenbahnen geschritten werde. Die Landesregierung hat nach wiederholter sorgfältiger Prüfung geglaubt, diese Frage bejahend beantworten zu müssen. Demgemäß haben Verkaufsverhandlungen stattgefunden, welche mit dem Vorbehalte Ihrer Genehmigung zum Abschlusse eines Kaufkontraktes mit einem Konsortium von Bankhäusern geführt haben, an deren Spitze die Darmstädter Bank für Handel und Industrie steht. Ueber die Einzelheiten dieses Verkaufsgeschäftes und die dabei leitend gewesenen Motive wird ihnen unverweilt eine besondere Vorlage übergeben werden. Zwar ist zu endgiltiger Erledigung die Zustimmung der k. preußischen Staatsregierung in den einschlagenden Beziehungen erforderlich und diese bis jetzt nicht erfolgt, indeß hat die Landesregierung sich bereits unlängst bemüht, mit der k. preuß. Staatsregierung in das Einvernehmen sich zu setzen, und glaubt gegründete Hoffnung hegen zu dürfen, solches Einverständniß in nächster Zeit erreicht zu sehen, jedenfalls glaubte die Landesregierung aber nicht unterlassen zu dürfen, Ihnen sofort bei Ihrem Zusammentritte die Lage der Sache in allen ihren Einzelheiten vorzulegen, um auf diese Weise die stets bewährte patriotische Stimme der Vertreter des Landes ungesäumt zu vernehmen. Hieran werden sich noch einige andere Vorlagen finanziellen Inhalts von geringerer Bedeutung reihen. Ebenso werden Ihnen behufs Entwicklung unserer inneren Gesetzgebung Gesetzentwürfe zugehen, welche in Uebereinstimmung mit früheren ständischen Anträgen die Verbesserung und Vervollständigung der Forststraf- und Jagdstrafgesetze, sowie einiger anderer, der Landesgesetzgebung angehörender Justizgesetze beziehen, unter welchen der Gesetzentwurf über das Alter der Großjährigkeit von besonderer Tragweite ist. Endlich haben, den Anträgen der Landesversammlung entsprechend, Se. Hoheit der Herzog eine Vorsynode berufen, welcher der Entwurf einer Synodalordnung zur Berathung vorgelegt worden. Der aus diesen Berathungen hervorgegangene Entwurf zu einem Gesetze behufs Errichtung einer Landessynode und eines Synodalausschusses wird Ihnen zur verfassungsmäßigen Mitwirkung ungesäumt zugehen mit dem Wunsche und der zuversichtlichen Hoffnung, daß bei Ihren Berathungen derselbe Geist der Hingebung an die hochwichtige Angelegenheit zum Segen unserer evangelisch-lutherischen Kirche walten werde, von welchem die Vorsynode beseelt war.

* **Berlin,** 15. Nov. Das Herrenhaus nahm heute in der Schlußberathung nach langer Debatte das Großjährigkeitsgesetz mit einem Amendement von Goßler an, wonach das Gesetz nicht, wie die Regierungsvorlage besagt, am 1. April 1870, sondern erst am 1. Juli 1870 in Kraft tritt. — Der Justizminister überreichte sodann den Entwurf eines Expropriationsgesetzes für den Bezirk des Appellations-Gerichtshofes zu Frankfurt a. M. Derselbe wurde zur Schlußberathung gestellt. — Ferner nahm das Herrenhaus den Antrag des Grafen Münster (die Ertheilung der Konzession zu einer Prämien-Anleihe ist mit dem Staatswohl unvereinbar) in der Schlußberathung an. Der Finanzminister hielt das Prinzip aufrecht, daß der Staat zur Ertheilung der betreffenden Konzession berechtigt sei.

Die „Kreuz-Ztg." dementirt gleichfalls die anderweit schon widerlegte Nachricht, Graf Bismarck solle als Ministerpräsident durch den Grafen Eulenburg ersetzt werden.

□ **Berlin,** 15. Nov. Se. Maj. der König ertheilte gestern Nachmittag im Palais dem hiesigen französischen Botschafter Grafen Benedetti, sowie dem diesseitigen Botschafter am britischen Hofe, Grafen v. Bernstorff, Audienzen. Heute Mittag um 1 Uhr begab sich Se. Maj. nach dem Kommandanturgebäude und wohnte von dessen Fenstern aus mit den königl. Prinzen und Prinzessinnen der auf dem Platz an der Bau-Akademie vollzogenen feierlichen Enthüllung des Schinkel-Denkmals bei. Diese Feierlichkeit war vom Wetter noch ziemlich begünstigt. Sie hatte eine große Festversammlung angezogen. Die Festrede hielt der Wirkl. Geh. Ob.-Reg.-Rath Mac-Lean, Abtheilungsdirektor im Handelsministerium, als Vorsitzender des Komitee's für die Errichtung des heute enthüllten Denkmals. Wie verlautet, wird nach Allerhöchster Bestimmung der Platz an der Bau-Akademie fortan den Namen „Schinkel-Platz" führen.

Heute Nachmittag um 3 Uhr ist der König in Begleitung der königl. Prinzen mittelst Extrazuges der Hamburger Eisenbahn zur Fasanenjagd beim Hrn. v. Jagow nach Krüden und Aulosen in der Priegnitz abgereist. Die Rückkehr von dort erfolgt morgen spät Abends. Donnerstag den 18. Nov. gedenkt Se. Maj. sich zur Jagd nach Letzlingen zu begeben und am Sonntag den 21. hier wieder einzutreffen. An den Letzlinger Jagden werden mehrere fürstliche Gäste Theil nehmen.

Das neuerdings wieder auftauchende Gerücht von dem angeblich nahe bevorstehenden Rücktritt des Handelsministers Grafen zu Itzenplitz entbehrt jeder Begründung. Ebenso widerspricht man in hiesigen politischen Kreisen nochmals mit größter Bestimmtheit dem Gerede, daß Graf Bismarck entschlossen sei, die Präsidentschaft im preußischen Staatsministerium an den Minister des Innern, Grafen zu Eulenburg, abzugeben.

Nach Mittheilungen aus der Provinz Posen hat das Erlöschen der früheren Cartellkonvention mit Rußland bis jetzt eine wesentliche Aenderung der Grenzverhältnisse dieses Landestheils nicht herbeigeführt. Man ist aber darauf gefaßt, daß die zu Anfang des nächsten Jahres in Polen stattfindende Rekrutirung das Nichtvorhandensein der Konvention in bemerkbaren Wirkungen darthun werde.

Oesterreichische Monarchie.

†† **Wien,** 14. Nov. Es war in der letzten Zeit viel die Rede davon, daß das für die Donauregulirung erforderliche Kapital von 24 Mill. fl. im Wege einer Prämien-Anleihe aufgebracht werden solle. Es hat, seit neuestens auch in Deutschland das Thema der Prämien-Anleihen stark diskutirt wird, auch dort vielleicht die Mittheilung ein unmittelbares Interesse, daß der Finanzminister einen Ministerrathsbeschluß erwirkt hat, demgemäß, damit der Staat in einem Nothfall ein letztes Hilfsmittel zur Verfügung habe, ein Lotterieanlehen überhaupt nicht mehr bewilligt werden soll.

Italien.

Florenz, 14. Nov. Das diplomatische Korps hat der Regierung seine Glückwünsche wegen der Geburt des Prinzen von Neapel dargebracht. Der König hat ein Dekret bezüglich der Zusammensetzung des Senats-Büreaus unterzeichnet. Der König hat die Kommissäre ernannt, welche ihn bei Eröffnung des Parlaments vertreten sollen. Man versichert, daß der Herzog und die Herzogin von Aosta nächstens nach Neapel reisen werden.

* **Florenz,** 15. Nov. Nachrichten aus San Rossore von heute Morgen zufolge ist der König heute zum dritten Male seit seiner Krankheit aufgestanden. Er hatte eine sehr gute Nacht und hat guten Appetit; seine Kräfte kehren zurück.

Frankreich.

* **Paris,** 15. Nov. Unter allen Wahlversammlungen, die am Samstag Abend stattfanden, war die zahlreichste und belebteste die, welche im Stadtviertel von Batignolles in der Levis-Straße abgehalten wurde. Die Zahl der anwesenden Wähler betrug ungefähr 4000.

Bei Beginn der Sitzung stattete Hr. Beaumont Bericht über seine Mission bei Ledru-Rollin ab. Er theilte die Gründe mit, welche Ledru-Rollin geltend gemacht, um nicht zu kommen. „Ich komme nicht", sagte er, „weil ich eine Manifestation des Volkes fürchte, die statt ausschließlich moralischer Natur zu sein, gewaltthätig werden könnte." Als man Ledru-Rollin hierauf bemerklich machte, daß seine Weigerung bei den Demokraten auf große Mißbilligung stoßen würde, antwortete er: „Wenn man einen 13. Juni in seiner Vergangenheit zählt, so braucht man sich nicht zu rechtfertigen." Eine Stimme: „Ledru-Rollin fürchtet also, sich bloszustellen?" Hr. Beaumont: „Er fürchtet nicht, seine Person, wohl aber die Situation bloszustellen. (Bravo!) Er handelt mit Klugheit."

Hr. Rochefort: „Bürger! Meine Lage ist eine ziemlich schwie-

rige, ich verhehle mir das nicht. Mein Ansehen wird von allen Seiten angegriffen, ebensowohl von den Organen der Regierung, als von den sogenannten liberalen Blättern, deren Talent seit lange nur darin besteht, der Regierung Dienste zu erweisen. (Bravo!) — Ich gebe zu, Bürger, daß ich ein etwas feuriges Temperament habe, allein ich erkläre euch, daß Alles mich dazu treibt, eine Emeute zu vermeiden; es liegen hierfür sehr viele Gründe vor, von denen der hauptsächlichste der ist, daß die Regierung sie zu wünschen scheint. (Beifall.) Der geringste meiner Schritte, die geringste meiner Handlungen sind kritisirt worden; man hat sich über mich lustig gemacht, weil ich die Absicht ausgesprochen, einen großen Saal bauen zu lassen, um in ihm meine Wähler zu versammeln. Diejenigen, die mich getadelt haben, sind wieder jene angeblichen liberalen Blätter. Nun, ihr Bürger, ich halte die Sache für ausführbar und sehr nützlich. Meine Idee wird zur Folge haben, die anderen Abgeordneten der Seine zu veranlassen, dasselbe zu thun. Die Wähler der anderen Bezirke werden in der That nicht ermangeln, sich die Frage zu stellen, warum das, was im 1. Wahlbezirk geschieht, nicht auch in den ihrigen stattfindet. Diese Unterhaltungen mit den Wählern bieten den unermeßlichen Vortheil, das Volk immer lebendig zu erhalten, damit es nicht in Schlaf verfalle. Ich war in London, ihr wißt es, um mich mit Ledru-Rollin in's Einvernehmen zu setzen; es lag mir daran, Den zu sehen, auf den man zählen durfte. Ich habe erkannt, daß dieser Mann nicht auf der Höhe der Mission steht, die man ihm anvertrauen wollte. (!) .... Ihr kennt meine Plane, ich werde in diesem Augenblick darüber nichts weiter sagen und mich begnügen, denjenigen Rednern zu antworten, welche mich interpelliren wollen." (Rasender Beifall.)

Hr. Lissagaray unterwirft hierauf die Kandidaturen der HH. Terme und Carnot einer scharfen Kritik. Seine Rede, die drei- bis viermal von enthusiastischen Beifallsbezeigungen unterbrochen wird, gibt zu einer Verwarnung von Seiten des Polizeikommissärs Anlaß. Er endigt folgendermaßen seine feurige Improvisation: „Früher, in den Armeen der Republik, gab es eine Brigade, welche den Feind überall, wo sie erschien, erzittern machte; es war dies die 32. Halbbrigade. Sie hatte in allen Feldzügen der Republik mitgefochten und ihren unvergleichlichen Ruhm bis an's Ende bewahrt. Nun, Wähler des 1. Wahlbezirks, seid ihr die 32. Halbbrigade der Revolution, und wie diese die siegreiche Fahne Frankreichs auf allen Schlachtfeldern getragen hatte, so mögt auch ihr der Fahne der Republik den Sieg verleihen!" (Dreimal wiederholte Beifallssalve.)

Rochefort ergriff nun nochmals das Wort. Er kündigte an, daß er ein Blatt gründen werde, um sich dagegen auszusprechen, daß Frankreich seine Soldaten nach Mexiko sende und Besoldungen von 200,000 Franken gebe, während das Volk den Hungertod sterbe. Der Vorsitzende, Hr. Millière, hebt hierauf die Sitzung auf und fordert die Wähler auf, zu Ehren Rochefort's keine Manifestation in den Straßen zu machen, da die Regierung nicht verfehlen werde, dies zu ihrem Vortheil auszubeuten.

* **Paris**, 15. Nov. Ein heute erschienenes Manifest, unterzeichnet von 27 Abgeordneten, Mitglieder der Linken, worunter sich die Abgg. Gambetta, Bancel, J. Favre, J. Simon befinden, bezeichnet die Interpellationen und Reformvorschläge, welche die Linke in der nächsten Session des Gesetzgeb. Körpers einzubringen beabsichtigt. Die Unterzeichner verlangen: Abschaffung des Militärgesetzes; sie fordern ferner, daß das Recht der Entscheidung über Krieg und Frieden der Nation zurückgegeben werde, verurtheilen das imperative Mandat, durch welches die Abgeordneten in allen Fragen an den Willen ihrer Wähler gebunden sind, und bezeichnen das allgemeine Stimmrecht als das richtige Mittel, die den Gewählten ertheilte Vollmacht zu widerrufen. Dasselbe müsse allerdings sowohl von den Kompromissen mit der Monarchie, als von den Gewaltthätigkeiten der Demagogen losgelöst werden.

Die „Patrie" widerlegt das Gerücht, daß die Garnison von Paris um ein Reiterregiment verstärkt worden sei; sie erklärt dasselbe mit einer veränderten Dislozirung der Gardekavalerie. — Es geht das Gerücht, daß eine große Anzahl konservativ-liberaler Wähler des 8. Bezirks beschlossen haben, keinen Antheil an der Abstimmung vom 21. und 22. Nov. zu nehmen. Sie beabsichtigen, nächstens die Motive ihrer Handlungsweise zu veröffentlichen, damit die öffentliche Meinung sich nicht über deren Charakter und Tragweite täusche.

Sicherem Vernehmen nach hat der Papst dem Werke des Msgr. Maret, Bischofs von Sura in partibus, über das Konzil den Eingang in den Kirchenstaat verweigert. — Man erfährt durch die „France", daß Hr. Thiers vorgestern Nizza verlassen hat, um sich nach Grey zu begeben. Er hält sich fortwährend von der politischen Bewegung fern und wird erst gegen den 25. d. Mts. nach Paris kommen.

Wie die „Gaz. de France" meldet, ist Hr. Delangle, der bereits seit einiger Zeit kränklich war, jetzt so ernsthaft erkrankt, daß nur wenig Hoffnung zu seiner Genesung mehr vorhanden ist. — Rente 71.55, Cred. mob. 198.75, ital. Anl. 53.35.

Großbritannien.

London, 15. Nov. Louis Blanc hat die Einladung, in Paris als Kanditat aufzutreten, abgelehnt. — Das Thurmschiff „Monarch" hat Befehl erhalten, die Leiche Peabody's nach Amerika zu bringen. — Der preußische Botschafter Graf Bernstorff wird nächste Woche hieher zurückkehren.

Amerika.

* **Liverpool**, 14. Nov. Man hat mit dem „Flamsteed" Nachrichten aus Rio de Janeiro vom 18. Oktbr. erhalten. Die brasilianischen Kammern waren prorogirt worden. Die Ministerkrisis war beendigt. Die provisorische Regierung von Paraguay hatte die Grundlage einer Verfassung, die die Sklaverei aufhebt, dekretirt. Es ging das Gerücht, Lopez habe sich nach Bolivia geflüchtet, aber man hatte noch nicht die Bestätigung dieses Gerüchts.

Badischer Landtag.

†† Karlsruhe, 15. Nov. 20. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Am Ministertisch: Die Ministerialpräsidenten v. Freydorf und Ellstätter und Ministerialrath Gerwig.

Nach Eröffnung der Sitzung widmete Abg. Kusel dem Andenken des vor einigen Tagen verstorbenen Privatiers Nägele von hier, welcher vom Jahr 1837—1842 Mitglied des Hauses war, eine kurze Ansprache und forderte die Versammlung auf, sich zum Zeichen der Anerkennung zu erheben; sämmtliche Anwesende erheben sich.

Der Präsident machte hierauf die Mittheilung, daß die Erste Kammer den Gesetzentwurf über die Abänderung einiger Bestimmungen der Verfassungsurkunde mit einigen Aenderungen angenommen habe und daß derselbe an die betreffende Kommission gegeben wurde.

Ministerialpräsident Ellstätter legt den Gesetzentwurf, die Steuererhebung für die Monate Dezember 1869 und Januar 1870 vor, und vom Sekretariat werden mehrere Petitionen angezeigt. Sodann wird zur Tagesordnung, d. h. zur Berathung des von dem Abg. Hebting erstatteten Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Staatsministeriums und des Großh. Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten für die Jahre 1870 und 1871 übergegangen. Diese Berichte lauten:

I. Ueber das Budget des Großh. Staatsministeriums.

Nach einer Mittheilung des Großh. Finanzministeriums an das Präsidium der Zweiten Kammer vermindern sich die Apanagen (Tit. I. § 2) um 2000 fl. in Folge des höchst bedauerlichen Ablebens Ihrer Großh. Hoheit der Frau Fürstin von Fürstenberg. Dieser Budgetsatz beträgt daher nur 85,714 fl.

Tit. II. Landstände, Tit. III. Großh. Geh. Kabinet, Tit. IV. Großh. Staatsministerium, Tit. V. Verschiedene zufällige Ausgaben geben keine Veranlassung zu Abänderungsvorschlägen.

Die Kommission stellt den Antrag, die nach Abzug obenerwähnter 2000 fl. sich auf 901,339 fl. ermäßigende Gesammtausgabe für jedes der beiden Jahre 1870 und 1871 zu bewilligen.

II. Ueber das Budget des Großh. Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Tit. I. Ministerium entspricht dem vorjährigen Budgetsatz.

Bei Tit. II. Gesandtschaften findet sich eine Mehrforderung von 2000 fl. vor für Aufbesserung, bezw. Wiederherstellung des frühern Gehaltsatzes des Gesandtschaftspostens in Berlin, und von 500 fl., welche dem badischen Konsul in Mühlhausen für die ihm durch Besorgung der Konsulatsgeschäfte erwachsenden ständigen Ausgaben und für die Kosten einer Kanzleiaushilfe zugewiesen werden sollen.

Die Kommission glaubte diese Mehrforderungen nicht beanstanden zu sollen, obgleich dieselbe der Meinung ist, daß, dem Vorgange der letzten Budgetperiode entsprechend, auch fernerhin auf Verminderung des Gesandtschaftsetats hingearbeitet werden sollte. Wenn die Kommission sich dennoch veranlaßt sah, für die Bewilligung zu stimmen, so ging dieselbe von der Ansicht aus, daß bei der gegenwärtigen politischen Stellung Badens eine Gesandtschaft in Berlin unerläßlich, im Vergleich zu den übrigen sogar von hervorragender Bedeutung sei, und daß, wenn die Nothwendigkeit dieser diplomatischen Vertretung Badens beim preußischen Staate anerkannt ist, auch die erforderlichen Mittel zu einer würdigen Repräsentation zu bewilligen seien. Bis zum Jahre 1864 waren für diesen Posten 14,000 fl. ausgeworfen. Diese Summe wird kaum hinreichen, um die für einen badischen Gesandten in der nordischen Residenz unerläßlichen Ausgaben zu decken, und aus diesem Grunde glaubte die Kommission gegen die Wiederherstellung der früheren Position keine Einsprache erheben zu sollen.

Die Anforderungen für die übrigen Gesandtschaften entsprechen den für die ablaufende Budgetperiode bewilligten Summen. Wie auf dem letzten Landtage hat die Budgetkommission die Frage wegen Aufhebung, bezw. Vereinigung der Gesandtschaften in Wien, Stuttgart, München und in der Schweiz abermals in Erwägung gezogen. Nachdem jedoch die Verhältnisse ganz unverändert geblieben sind, glaubte die Kommission, welche sonst mindestens eine Vereinigung der beiden Gesandtschaftsposten München und Stuttgart für geboten erachtet hätte, auf diesem Landtag keine Aenderung vorschlagen, sondern unter Hinweisung auf den Budgetbericht pro 1868—69 die Bewilligung der geforderten Summe beantragen zu sollen.

Das erste Budget wird ohne Diskussion angenommen.

Zu Tit. II des zweiten stellt Abg. Baumstark den Antrag, die mehrgeforderten 2000 fl. nicht zu bewilligen. Die Gründe zu dieser Mehrforderung seien: weil schon früher diese Position 14,000 fl. betragen habe, und weil die steigenden Preise für die Lebensmittel und die gesteigerte Thätigkeit und Bedeutung des badischen Gesandtschaftspostens in Berlin diesen Mehraufwand nöthig machten. Was die steigenden Preise der Lebensmittel betreffe, so könne dieser Grund für die Forderung von Besoldungserhöhungen aller Staatsdiener geltend gemacht werden, welche doch sicher nicht gewährt würde; und was die Bedeutung des badischen Gesandtschaftspostens in Berlin anbelange, so sei diese seiner Ansicht nach eine sehr geringe; denn bei den guten Beziehungen zwischen den beiderseitigen Regierungen könne Alles durch unmittelbaren Austausch der Regierungen besorgt werden, oder höchstens durch einen Geschäftsträger wie in Wien. Er wolle zwar keinen Antrag bezüglich dieses letzten Punktes einbringen, empfehle aber seinen Antrag zur Annahme.

Ministerialpräsident v. Freydorf drückt zunächst der Budgetkommission seinen Dank für die Bereitwilligkeit aus, mit welcher sie die Gründe für Wiederherstellung der früheren Bezüge der Gesandtschaft in Berlin gewürdigt habe, und erwiedert dem Abg. Baumstark: Es sei schon in dem Berichte der Budgetkommission von 1858/59 die Nothwendigkeit anerkannt worden, Angesichts der Verminderung des Geldwerths und des Steigens der Preise aller Lebensbedürfnisse gerade in großen Residenzen, wie Berlin, die Bezüge des dortigen Gesandten auf 14,000 fl. zu erhöhen. Von diesem Gehalte seien dann im Jahre 1864 behufs Dotirung des damals geschaffenen Postens in Florenz 2000 fl. hinweggenommen worden. Nachdem die vom Geldwerthe hergenommenen Gründe seither nicht weggefallen, sondern in erhöhtem Grade vorhanden seien, und nachdem die Dotirung des Florentiner Postens vom Budget gestrichen worden, sei es gewiß gerecht und billig, den Berliner Posten in seine früheren Bezüge wieder einzusetzen.

Der Hr. Vorredner halte bei der von ihm unterstellten völligen Uebereinstimmung der Politik der Königl. preußischen und Großh. badischen Regierung den Gesandtschaftsposten in Berlin für überflüssig. Aber es genüge nicht an solcher idealer Uebereinstimmung, dieselbe müsse durch Verhandlungen und Verträge in die Praxis übergeführt werden, und eben dazu bedürfe es einer ständigen Vertretung. Redner erinnere z. B. nur daran, daß der Großh. Gesandte auch Mitglied des Zollbundesraths sei. Wie wenig selbst im Falle einer näheren Anschließung Badens an den Norddeutschen Bund ein Gesandter in Berlin entbehrt werden könne, erhelle beispielsweise daraus, daß selbst die im Norddeutschen Bunde befindlichen Staaten ihre Gesandtschaften am Berliner Hofe nicht zurückgezogen hätten. Er ersuche die hohe Kammer, den Anträgen der verehrlichen Kommission zuzustimmen.

Abg. Lender unterstützt den Antrag des Abg. Baumstark; dieser Antrag wird jedoch mit allen gegen 3 Stimmen — Baumstark, Lender und Kayser — abgelehnt.

Abg. Baumstark richtet hierauf an den Hrn. Ministerialpräsidenten v. Freydorf die Anfrage, ob der Gesandtschaftsposten in Florenz noch bestehe, da derselbe nicht im Budget erscheine und doch in den Zeitungen derselbe als noch bestehend erwähnt werde.

Ministerialpräsident v. Freydorf: Der Posten erscheint nicht im Budget und es ist eben deßwegen kein Anlaß, hier darüber zu reden.

Hierauf wurde das ganze Budget nach dem Kommissionsantrag angenommen und sodann die Sitzung geschlossen.

†† **Karlsruhe**, 16. Nov. 21. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt. Am Ministertisch: Staatsminister Dr. Jolly, Ministerialpräsident Obkircher und Geh. Referendär v. Seyfried.

Nach Eröffnung der Sitzung wurde vom Sekretariat der Einlauf mehrerer Petitionen angezeigt und sodann zum Gegenstand der Tagesordnung — zur Berathung über den Bericht des Abg. Kiefer, den Gesetzentwurf über die Beurkundungen des bürgerlichen Standes und über die Förmlichkeiten bei Schließung der Ehen betr. — übergegangen.

Abg. Mühlhäußer erklärt sich als Mitglied der Minorität der Kommission gegen die obligatorische Zivilehe, indem er diese Frage losgelöst von dem Gesetzentwurf betrachtet, denn obwohl er Bedenken gegen die bürgerliche Standesbeamtung, wie sie in dem Gesetzentwurf vorgeschlagen sei, hege, und es zweifelhaft sei, ob Vortheile oder Nachtheile aus derselben entspringen werden, so sei dies doch kein prinzipieller Unterschied zwischen der Majorität und Minorität, und erkläre er sich damit einverstanden. Was die Frage der obligatorischen Zivilehe betreffe, so sei dieselbe sehr wichtig und tief eingreifend und die Bedenken dagegen seien nicht die Resultate von Vorurtheilen oder kirchlichen Standesinteressen. Diese Frage stehe im Zusammenhang mit der ganzen politischen Lage, mit dem z. Zt. bestehenden kirchlichen Konflikt. Die Kirche verliere nichts durch die obligatorische Zivilehe, denn es falle damit auch der letzte Rest von staatlichem Zwang zu Gunsten der Kirche und das kirchliche Ansehen könne dadurch nur gewinnen. Als Hauptmotiv für die Einführung der obligatorischen Zivilehe sei in dem Bericht die Lösung des kirchlichen Konflikts aufgeführt, er dagegen glaube, daß dieses Ziel nicht erreicht, im Gegentheil der Konflikt nur geschärft werde. Der kirchliche Konflikt sei eine Folge des modernen Staats und er sei nöthig, um Staat und Kirche wieder zu einigen oder aber eine vollkommene, wenn auch unheilvolle Trennung in zwei Lager, in das kirchliche und das staatliche, zu spalten. Redner führt dann weiter aus, wie der Streit seit 1866 schärfer geworden, woran jedoch nicht die Regierung allein die Schuld trage, sondern überhaupt die jetzige politische Strömung. Das bisherige Resultat des Konflikts könne durch dieses Gesetz nicht beseitigt werden, denn es sei leider seit 20 Jahren eine solche Spaltung in unserem Volke, wie nie zuvor, auch zum Nachtheil der nationalen Sache. Mit diesem Gesetzentwurf falle das letzte Band der Verantwortlichkeit der Geistlichen gegenüber dem Staat, und man werde allerdings einiger kleinen Konflikte los, bekomme aber dafür tausend große. Man wolle den Einfluß der Geistlichen bei der Verehelichung schwächen, allein er werde noch viel größer werden. Das religiöse Mißtrauen im Volke werde durch die Einführung dieses Gesetzes neue Nahrung bekommen, und die Furcht vor der Abschwächung der Heiligkeit der Ehe sei seiner Ansicht nach in der That keine unbegründete. Auch dürfe man die romanischen Völker nicht als Beispiel für die Nützlichkeit der obligatorischen Zivilehe anführen, weil die germanischen Völker die Ehe viel tiefer auffassen, als die ersteren. Auch entferne sich Baden durch dieses Gesetz von der Gesetzgebung der übrigen deutschen Staaten, und doch strebe man nach einer Einigkeit in anderen Rechtsgebieten. An diesem Gesetz hänge das ganze kirchliche Gebiet, auf welchem man dem Volke die größte Freiheit geben sollte. Das Richtige scheine ihm die Einführung der fakultativen Zivilehe zu sein, wie sie in England, Oldenburg, und in der jüngsten Zeit im Kanton Zürich bestehe. Wenn einmal unsere geistige Entwicklung dahin dränge, eine vollständige Trennung des Staates und der Kirche zu vollziehen, dann möge man auch die obligatorische Zivilehe einführen, so lange dies jedoch noch nicht der Fall sei, solle man mit der Einführung noch warten, da sie nur die bestehende Spaltung noch erweitere; er müsse daher gegen den Gesetzentwurf in dieser Richtung sprechen.

Abg. Holtzmann erklärt sich für den Gesetzentwurf, ob-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

wohl er sich auch mit der fakultativen Zivilehe würde einverstanden erklärt haben. Redner hebt hervor, daß wir uns in Deutschland in einer Krisis befinden, und darum uns nicht aufhalten lassen sollen mit der Einführung dieses Gesetzes; auch im Gebiet des Norddeutschen Bundes werde eine gemeinsame Ehegesetzgebung in Bälde nöthig, und führt ferner aus, 1) daß die Kirchen durch ihre Widerspenstigkeiten den Staat nöthigten, die Zivilehe einzuführen, und 2) daß, wenn irgend eine Form der Zivilehe eingeführt werde, immer gegen diese Form agitirt werde; denn Alles, was sich gegen die obligatorische Zivilehe sagen lasse, könne gegen jede Art der Zivilehe geltend gemacht werden. Der Kern von allen Agitationen gegen den Gesetzentwurf sei, daß man wolle, daß der Staat mit seinen Zwangsmitteln eine Eheordnung einführe, welche keine staatliche sei. Wenn man die fakultative Zivilehe einführe, so hören doch die Verdächtigungen und Agitationen gegen dieselbe nicht auf; auch wolle er nicht, daß durch dieselbe eine Klasse von Eheleuten entstehe, deren Ehe von einer frommen Partei zwar als staatlich gestattet, nicht aber als religiöses und sittliches Verhältniß betrachtet würde. Auch würde die fakultative Zivilehe nicht immer ein Vortheil für die Kirche sein. Er stimme deßhalb für die obligatorische Zivilehe als eine Maßregel, welche mit der Zeit den Frieden, wenn auch schwer errungen, herbeiführen werde.

Abg. Lender anerkennt das Würdevolle und Wissenschaftliche des Kommissionsberichts, erklärt sich jedoch als Katholik, Christ, Deist, Abgeordneter und nach seinem Eid gegen den Gesetzentwurf, da er gegen die Zivilehe an sich stimme. Er gehöre zur Minorität in der Kommission und wolle die Begründung seiner Ansicht in 6 Sätzen niederlegen: 1) Die Zivilehe entspricht nicht dem Wesen der Ehe, weil sie vorzugsweise als bürgerlicher Vertrag aufgefaßt werde. Der Bericht stelle das bürgerliche Element über das religiöse und enthalte ferner die Unrichtigkeit, daß auch das canonische Recht die Vertragsnatur der Ehe als das wesentliche hervorhebe. Die Ehe sei ein Verhältniß, in welches sich 3 Momente theilen und in welchen das religiöse und das moralische die vorherrschenden sein müssen. Redner führt hier weiter aus, daß die Ehe von der kathol. Kirche als Sakrament betrachtet werde und diese ihre Natur bereits in den Kirchenvätern, z. B. bei dem hl. Augustinus gelehrt werde, nicht erst, wie der Bericht behaupte, von dem Concilium Tridentinum aufgestellt worden sei. 2) Die Zivilehe schädigt die Fundamente des ehelichen Verhältnisses, dadurch die Familie, die Gemeinde und den Staat. Redner führt hier aus, daß, sobald die Ehe nur als Vertrag, nicht als etwas Höheres betrachtet werde, auch die eheliche Treue wankend werde, da der Bruch derselben nicht mehr als Sünde betrachtet werde. 3) Gleichwohl anerkenne er die Berechtigung der Zivilehe für Alle, welche durch ihr Wesen befriedigt sind. Der § 4 des Gesetzes vom 9. Oktbr. 1860 habe seine vollkommene Berechtigung. Da aber die ungeheure Mehrheit des Volkes die obligatorische Zivilehe nicht wolle, so dürfe man sie nicht wegen einer geringen Minorität einführen. 4) In der Wahl zwischen der fakultativen und obligatorischen Zivilehe gebe er der ersteren den Vorzug; die letztere verwerfe er vollständig. Es handle sich, seiner Ansicht nach, nicht um Vollendung der Gesetzgebung, sondern man habe allerlei Hintergedanken dabei. (Stimmen: Heraus!) Die Zivilehe trete in Gegensatz zum Christenthum und alterire die Rechte der Christen, ungeachtet deren Schutz und die freie Religionsausübung durch die Gesetze proklamirt sei. Insbesondere sei dieselbe ein Zwang gegen die Katholiken, welche die Zivilehe nie als eine Ehe, sondern nur als ein Konkubinat ansehen könnten. Aus diesen Gründen stimme er gegen den Gesetzentwurf.

Für den Gesetzentwurf sprechen noch Staatsminister des Innern, Dr. Jolly, die Abgg. v. Gulat, Tritscheller, Lamey, Eckhard, gegen denselben die Abgg. Baumstark, Bissing, Lindau und Roßhirt, worauf nach einer längeren Schlußbemerkung des Berichterstatters Abg. Kiefer die allgemeine Diskussion geschlossen und die Spezialdiskussion auf morgen vertagt wird. Das Nähere werden wir morgen nachtragen.

Vermischte Nachrichten.

— Stuttgart, 15. Nov. (Stuttg. Bl.) Gestern Mittag fand die feierliche Einweihung des hiesigen katholischen Gesellenhauses statt.

— Die Ursulinerinnen in Wien haben die vom Unterrichtsminister zugelassene provisorische Fortführung ihrer Lehrerinnen-Bildungsanstalt abgelehnt, weil sie unter Berufung auf die Klosterregel glauben, sich den schon früher erwähnten Bedingungen, namentlich der einstweiligen Bestellung von weltlichen Lehrkräften, nicht fügen zu können. In Folge dessen hat der Minister eine staatliche Lehrerinnen-Bildungsanstalt für Wien errichtet, welche spätestens am 1. Dez. mit dem ersten und zweiten Jahrgang eröffnet werden soll. Das Institut wird mit einer Mädchenschule, welche als Uebungsschule zu dienen hat, in Verbindung gebracht.

— Zürich, 13. Nov. (Bund.) Nach amtlich eingegangenen Berichten ist die Identität Schärr's absolut festgestellt. In einer Einvernahme, die in Cormons mit ihm gehalten wurde, bekennt er sich auch der Unterschlagung im Betrage von 3,100,000 Fr. schuldig. Am 2. Okt. sei er über Waldshut, Konstanz, Ulm, München, Verona nach Venedig gereist und sei dann hier in einer Privatwohnung verblieben bis den 8. Nov. An diesem Tage habe er nach Wien reisen wollen, um an der Börse zu spekuliren (!) und später nach Südamerika zu reisen. In einem Waggon 1. Klasse wurde er aber durch Kanzlist Engelhard erkannt, worauf seine Verhaftung erfolgte.

— Venedig, 14. Nov. Im Laufe der nächsten Woche wird die Stadt Venedig ein Kommunalanlehen zur Subskription bringen. Dem Vernehmen nach besteht dasselbe in Ausgabe von 390,000 Stück Loosen im Nominalbetrage von 30 Franken. Die Subskriptionen finden auch an fast allen deutschen Börsen statt.

— Nachdem in Kiew im Lauf des vergangenen Sommers etwa 40 vereinzelte Cholerafälle vorgekommen sind, mehrt sich seit 14 Tagen die Zahl der Erkrankungen in Besorgniß erregender Weise und die Seuche nimmt immer mehr einen epidemischen Charakter an. Auffallend ist, daß die meisten Choleraerkrankungen, deren sich jetzt täglich etwa 4 bis 5 ereignen und die in vielen Fällen schon nach wenigen Stunden mit dem Tode endigen, in wohlhabenderen Familien vorkommen und daß aus einer Familie in der Regel mehrere Opfer hinweggerafft werden.

* Letztwillige Schenkung Peabody's für die Armen Londons. Wie aus guter Quelle verlautet, hat der verstorbene George Peabody seine Testamentsvollstrecker, Sir Curtis Lampson und Hrn. Charles Reed, angewiesen, dem Kuratorium der Peabody-Stiftung zur Errichtung von Wohnhäusern für die Armen Londons die Summe von 150,000 Pfd. St. auszuzahlen, so daß die Schenkungen zu diesem Zwecke im Ganzen eine halbe Million Sterling repräsentiren.

Badische Chronik.

† Karlsruhe, 14. Nov. In der heute dahier abgehaltenen Generalversammlung der badischen Zweigstiftung der deutschen Schiller-Stiftung, auf welcher die Vorstandsstädte Mannheim (durch die HH. Professor Dr. Fickler und Verlagsbuchhändler Schneider), Baden (durch die HH. Hofrath Grimm und Dr. Pohl), Offenburg (durch Hrn. Kreisgerichtsrath Heydweiler), Karlsruhe (durch den Hrn. stellvertretenden Vorsitzenden Direktor Dr. Mayer, den Hrn. Kassier Bielefeld sen. und den Hrn. Schriftführer Dr. Löhlein, sowie durch eine Reihe Mitglieder — darunter Mitgründer — vertreten waren, wurde ein umfassender Jahresbericht über den Stand und die Wirksamkeit der Stiftung, sowie über deren Verhältniß zur Gesammtstiftung durch den Schriftführer Hrn. Professor Dr. Löhlein im Namen des Geschäftsortes vorgetragen. Daran reihte sich die satzungsmäßige Feststellung derjenigen Schillerstädte des Landes, welche nach dem auf 1. Januar 1870 eintretenden Schluß der laufenden Geschäftsperiode für die Jahre 1870—1874 zur Verwaltung der Zweigstiftung berufen sind. Es sind — nach der Zahl der Mitglieder — 1) Heidelberg als Geschäftsort, der 4 Vorstandsmitglieder zu wählen hat; 2) Mannheim, 3) Karlsruhe, 4) Offenburg mit je einem Vorstand und einem Ersatzmann.

Im Verlaufe der Debatte wurde auf Anregung des Hrn. Anwalt Dr. Krämer die Einführung eines Schiller-Abends mit Vortrag und Bericht, eventuell mit musikalischer Produktion in den Schillerstädten allgemein gutgeheißen; ebenso die Vertretung der Zweigstiftung in hiesiger Stadt, bestehend aus den HH. Professor Dr. Löhlein und Hofbuchhändler Bielefeld (die von den Karlsruher Mitgliedern zu gleicher Zeit dazu erwählt wurden) bevollmächtigt, sich zu jenem Zweck durch weitere Mitglieder aus dem bisherigen Vorstand sowohl, als auch aus der großen Zahl der Beitragenden zu verstärken, und endlich beschlossen, bei Ablauf der hiesigen Geschäftsführung einen Bericht (den zweiten) für die Mitglieder drucken zu lassen, welcher die Thätigkeit der Zweigstiftung seit der Ausgabe des letzten Berichtes im Jahre 1865 in Kürze beschreiben und die Satzungen sowohl der Zweigstiftung, als der Gesammtstiftung, schließlich auch ein Verzeichniß der gegenwärtigen Mitglieder enthalten solle.

Für die Arbeiten der letzten fünf Jahre wurde dem Geschäftsort, namentlich auch als Führer der badischen Stimme im Verwaltungsrathe der Gesammtstiftung, von der Generalversammlung auf Antrag des Hrn. Schneider freundlicher Dank ausgedrückt.

Ausführliche Mittheilung behalten wir uns vor nachzutragen.

Knielingen, 13. Nov. (Warte.) Gestern hielten die HH. Oberkirchenrath Dr. Mühlhäußer und Frhr. v. Göler hier eine Bürgerversammlung ab. Der sehr geräumige Rathhaussaal war von den Bürgern der hiesigen Gemeinde ganz überfüllt; ungefähr 430 Bürger achteten mit gespannter Aufmerksamkeit auf die Vorträge, in denen die Nothwendigkeit des Anschlusses an den Norddeutschen Bund und die daraus erwachsenden Vortheile dargelegt und die zur Berathung vorgelegten Gesetze über bürgerliche Standesbeamtung und die Gemeindeordnung und die Ziele der Nationalkonservativen auseinander gesetzt wurden.

Pforzheim. Nach der „Warte" sind für die durch die Pensionirung des Hrn. Dekan Riehm erledigte Stadtpfarrei folgende Geistliche vorgeschlagen: Pfarrer Wirth von Haßmersheim, Volz von Linkenheim und Brombacher von Ehrstädt.

Eppingen, 13. Nov. (H. Z.) Die seit einiger Zeit in unserer Gegend herrschende Scharlachepidemie ist neuerdigs wieder so häufig aufgetreten, daß die unteren Klassen der Volksschule, sowie die höhere Töchterschule geschlossen wurden, um die Ansteckung möglichst zu vermeiden. Auch an der Rachenbräune liegen noch mehrere Kinder darnieder.

Heidelberg, 13. Nov. (Heidelb. Z.) Die diesjährige Kreisversammlung des Kreises Heidelberg wird am 30. Nov. d. J. Vormittags 9 Uhr in dem städtischen Rathhause dahier zusammentreten. Auf der Tagesordnung befinden sich folgende Gegenstände: 1) Wahl des Vorsitzenden, seines Stellvertreters und zweier Schriftführer. 2) Vorlagen des Kreishauptmanns gemäß § 4 der Geschäftsordnung. 3) Bericht des Kreisausschusses a. über die Benützung der Augenheilanstalt; b. über die Benützung der Luisenheilanstalt; c. über die Armenkinderpflege; d. über die Betheiligung des Kreises an der landwirthschaftlichen Winterschule; e. über die Einführung von Postaversen für die Gemeinde- und Kreiskorrespondenz; f. über die Errichtung einer Bodenkreditanstalt; g. über die Erledigung der Anträge der Kreisversammlung bezüglich der als Landstraßen zu behandelnden Straßen des Kreises Heidelberg; h. über die Anträge der Kreisversammlung bezüglich Errichtung von Güterablagen auf den Stationen St, Ilgen und Mauer. 4) Abhör und Verbescheidung der 1868/69er Kreisrechnung. 5) Feststellung des Voranschlags von 1869/70. 6) Aufstellung der Vorschlagsliste für die Ernennung der Bezirksräthe.

Heidelberg, 13. Nov. (Heidelb. Z.) Bei der heutigen 3. Immatrikulation wurden inskribirt: Theologen 4, Juristen 22, Mediziner 6, Chemiker 4, Kameralisten 1, Philologen und Philosophen 6, im Ganzen 43. Vorgemerkt sind noch weitere 5. Im Ganzen wurden bis jetzt 273 Studirende eingeschrieben.

Mannheim, 14. Nov. Postpacker Seidenbinder, der schon einmal bestohlen worden ist, wäre gestern beinahe von einem ähnlichen Unfall betroffen worden. Derselbe hatte seinen Postkarren auf dem Strohmarkt stehen und trug ein Paket in das Haus des Bäckers Muth. Währenddem kam ein Mann, Buchhalter W., rasch heran, schloß den Karren auf und nahm einige Pakete heraus. Es wurde jedoch bemerkt, der Dieb verfolgt und in der Nähe der Mehlwage erwischt. — Die Frau eines Bürgers und Handwerkers in Großsachsen wurde am 11. glücklich von 3 gesunden Kindern, 2 Knaben und 1 Mädchen, entbunden.

Freiburg, 14. Nov. Auf der Tagesordnung der am 29. Nov. dahier zusammentretenden Kreisversammlung stehen u. a. folgende Gegenstände: die landwirthschaftl. Winterschule; Hebung der Rindviehzucht; Aufnahme der Straße von Kenzingen durch das Bleichthal nach Schweighausen in den Landstraßen-Verband; Verbesserung der Landstraße von Elzach nach Haslach, bezw. Neubau einer Straße durch das Fröschnauthal; Herstellung einer Verbindung vom Kaiserstuhl ins Elzthal; Herstellung eines Verbindungsweges von Endingen nach Schelingen und Oberbergen mit Unterstützung aus Kreismitteln; Gesuch der Gemeinden Hinterzarten, Bärenthal und Falkau um einen Beitrag aus Kreismitteln zum Straßenbau von Hinterzarten nach Bärenthal.

— Eine uns von Hilzingen zugehende Zuschrift plaidirt für die Erbauung der im Budget für 1870/71 nicht aufgenommenen Straße von Beuren, Binningen, Riedheim nach Hilzingen, als Fortsetzung der Straße über Thengen und Blumenfeld, welche die Eisenbahnstation Gottmadingen zum Ausgangs- oder Endpunkt hat, im Vergleich zu der im Budget aufgenommenen Straße Aach-Volkertshausen, Schlatt mit der Eisenbahnstation Hohenkrähen. Sie suchte durch Ziffern nachzuweisen, daß auf ersterer ein größerer Güterverkehr stattfinde, als auf der letzteren; auch sei sie von dem Bezirksrath und der Kreisversammlung als wichtig bezeichnet und dringend empfohlen worden. Die Zuschrift befürwortet schließlich die Erbauung der einen, wie der andern Straße. Wir müssen uns im Hinblick auf die während des Landtags sich von selbst ergebende große Beschränkung unseres Raumes mit vorstehender Andeutung begnügen; wir nehmen von den Einzelheiten um so mehr Umgang, als Fälle, wie der hier vorliegende, wohl in allen Kreisen des Landes vorkommen werden, deren Besprechung in unserm Blatt gerade in jetziger Zeit viel zu weit führen würde.

○ Villingen, 13. Nov. Gestern und heute tagte die Kreisversammlung dahier. Die wichtigeren Beschlüsse sind folgende: Der Vertrag mit Prof. Dr. Manz in Freiburg über Behandlung armer Augenkranken wurde für zwei Jahre dahin erneuert, daß für den Kopf statt wie früher 45 nur 30 kr. tägliche Verpflegung zu bezahlen ist. Für die Jahre 1870 und 1871 hat man je 200 fl. in den Voranschlag aufgenommen. Von 12 Kranken gingen 9 ganz geheilt aus der Anstalt hervor, 1 wurde unvollkommen geheilt und 2 sind noch in Behandlung. Zwei wichtige Beschlüsse waren die bezüglich der Verpflegung der Presthaften und der Armenkinder. Für diejenigen Hilflosen aus der Armenklasse der Geisteskranken, körperlich hochgradig Presthaften und chronisch Kranken, welche zu ihrer Verpflegung einer besondern Aufsicht und Wartung bedürfen und diese in der Lokalarmenpflege nicht finden können, wird eine eigene Kreisverpflegungsanstalt gegründet. Hiezu soll das F. F. Landesspital Geisingen erworben und das nöthige Kapital aufgebracht werden, wobei die nähern Bestimmungen bezüglich der Amortisirung vorgesehen wurden. Im Voranschlag sind hiefür zunächst 2500 fl. aufgenommen. Die Sorge für die Armenkinder bildet künftig eines der obersten Interessen des Kreisverbandes. Die Kreiskasse übernimmt einen Zuschuß zum jährlichen Verpfleggeld eines Kindes bis zur Hälfte, die andere Hälfte hat die Gemeinde zu tragen. Das Prinzip der Erziehung von guten Familien erklärte man als das richtige; wenn nöthig, sollen auch die bestehenden Anstalten benützt werden. Freilich konnten vorläufig nur 1600 fl. in den Voranschlag aufgenommen werden. Die Kreis-Musikschule zur Hebung der Musikwerkmacherei ist seit 1. Oktober l. J. eröffnet. In Furtwangen, Böhrenbach und Unterkirnach befinden sich zusammen 39 Schüler meist reiferen Alters. Die Fortschritte werden gerühmt. Die Prüfung in der landwirthschaftlichen Kreis-Winterschule lieferte sehr günstige Ergebnisse. Die Uebernahme der Postaversen auf die Kreiskasse wurde abgelehnt, da ihre Berechnung zu hoch und der wirkliche Aufwand der Gemeinden an Porto noch nicht festgestellt sei. Dagegen hielt es die Kreisversammlung für ein Gebot der Gerechtigkeit, daß auch die Klassen- und Kapitalsteuerkapitalien zu den Kreislasten herangezogen werden sollen, und will in diesem Sinn eine Petition an die Gr. Regierung zur Vorlage eines Gesetzentwurfs richten. Man sieht, der Stoff und die praktischen Ziele unserer Kreisversammlung werden immer reichhaltiger. Die Verhandlungen standen unter der bewährten Leitung des Hrn. Abgeordneten Kirsner.

Konstanz, 15. Nov. (Konst. Z.) Gestern tagten dahier im Saale des Hotel Halm einige zwanzig Ingenieure und Architekten. Dieselben beschäftigen sich zunächst mit der definitiven Konstituirung ihres diesen Sommer in Achern gegründeten Vereines, dann mit der nächstes Jahr in Karlsruhe abzuhaltenden Versammlung des allgemeinen deutschen Ingenieur- und Architektenvereins. Nach Erledigung dieser mehr geschäftlichen Angelegenheiten hielt Hr. Inspektor Beger einen sehr interessanten Vortrag über die geologischen und technischen Verhältnisse der Eisenbahn Stockach-Meßkirch.

Frankfurt, 16. Nov., Nachm. Oesterr. Kreditaktien 224, Staatsbahn-Aktien 362¼, Silberrente 56 7/16, 1860r Loose 77⅛, Amerikaner 89 1/16.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Zentralstation Karlsruhe.

13. Nov.	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Prozenten.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Mrgs. 7 Uhr	28" 2,6'''	— 1,2	0,83	S.W.	gz. bed.	tr., kalt, Reif, Nebel
Mtgs. 2 „	28" 1,3'''	+ 2,2	0,64	„	„ „	wind., frisch
Nachts 9 „	27"11,8'''	+ 5,6	0,55	„	„ „	Sturm, kühl
14. Nov.						
Mrgs. 7 Uhr	27"11,1'''	+ 6,4	0,54	S.W.	gz. bed.	trüb, kühl, Sturm
Mtgs. 2 „	27"10,7'''	+ 7,0	0,70	„	„ „	„ „ „
Nachts 9 „	27"10,5'''	+ 6,6	0,90	„	„ „	Regen, Sturm

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 18. Nov. 4. Quartal. 122. Abonnementsvorstellung. **Nathan, der Weise**, dramatisches Gedicht in 5 Akten, von Lessing.

Freitag 19. Nov. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. Zum ersten Mal wiederholt: **Undine**, romantische Zauberoper in 5 Akten, von Lortzing.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

H.93. Karlsruhe.

Aufforderung.

Wir wünschen, daß die noch ausstehenden Rechnungen für Gegenstände, welche zur Verloosung angekauft worden sind, **schleunigst** vorgelegt werden, um sie berichtigen zu können. Auch ersuchen wir Diejenigen, welche durch Posteinzahlungen befriedigt worden sind, für die empfangenen Beträge Quittungen einzusenden, soweit dies noch nicht geschehen ist.

Karlsruhe, den 16. November 1869.

Centralstelle des landwirthschaftlichen Vereins.

H.97. Baden.

Anerkennung.

Der „Caisse générale des familles", Lebensversicherungs-Gesellschaft in Paris, spreche ich hiermit meinen innigsten Dank aus für die prompte Auszahlung von zehn Tausend Francs, für welchen Betrag mein verstorbener Vater Nicolaus Groß, Privatier, bei genannter Gesellschaft versichert war.

Baden, den 27. Oktober 1869.

A. Scherzinger Wwe., geb. **Groß.**

Wie vielfach und mannigfach die Krankheiten und Uebel des Mundes und der Zähne auch sind, wie empfindlich und peinlich die Schmerzen, welche sie dem Menschen verursachen, so hat doch, wie überall, auch hier die Natur und Wissenschaft der Aerzte Mittel, welche heilend und lindernd wirken. Unter diesen Mitteln, sowohl gründlich heilend, wie auch lindernd und schützend in seinen Wirkungen, nimmt das **Anatherin-Mundwasser** des praktischen Zahnarztes **Popp** in **Wien** *, Stadt, Bognergasse Nr. 2, unzweifelhaft eine der hervorragendsten Stellen ein, seine segensreichen Erfolge (gegen Zahnschmerz jeder Art, lockere Zähne, Schwämme und Geschwüre im Munde, leichtblutendes Zahnfleisch, üblen Geruch des Mundes, selbst Caries etc.) sind durch Jahrelange, mannigfache Erfahrungen anerkannt, nicht allein bei Einzelnen, sondern auch (wie untenstehendes Attest bezeugt) in Vereinen und Krankenhäusern, wo es als ein allgemein wirksames Heil- und schmerzstillendes Mittel sich bewährt hat, und daher allen Leidenden seine Anwendung mit Recht anzuempfehlen ist.

Attest. Empfangen Sie meinen innigsten Dank für die Menschenfreundlichkeit, mit welcher Sie den unter Pflege des Maria-Elisabeth-Vereins sich befindlichen armen Kindern beigestanden sind. Einige dieser Kinder waren vom scrophulösen Scorbut im Munde ergriffen. Ihrem heilsamen Anatherin-Mundwasser danken die Kinder ihre gänzliche schnelle Heilung.

Gräfin **Fries,**
Präsidentin des Maria-Elisabeth-Vereins in Wien.
Herrn Zahnarzt **Popp,** Wohlgeb.

*) Zu haben in **Karlsruhe: F. Wolff u. Sohn** (Langestraße Nr. 104); in **Baden-Baden: J. Bihlurz,** Großh. Hofapotheker; in **Lörrach: J. L. Kalame**; in **Mannheim: Frz. A. Bauer.** | Z. 6811.

H.5. Pforzheim.

Versteigerung von Spezereiwaaren.

Aus der Gantmasse des Kaufmann **Gustav Essig** in Pforzheim werden im Auftrage Großh. Amtsgerichts am nächsten

Mittwoch den 17., Donnerstag den 18., Freitag den 19. und Samstag den 20. November d. J.,

jeweils von **Vormittags 9 Uhr** und **Nachmittags 2 Uhr an** im seither innegehabten Ladenlokale des Gantschuldners, am Marktplatze dahier, nachverzeichnete **Spezereiwaaren** durch die Unterzeichneten gegen Baarzahlung versteigert:

5 Centner Kaffee, 2 Centner Zucker, eine Parthie brauner und weißer Candiszucker, Gerste, Reis, Sago, Erbsen, Linsen, eine große Parthie Cigorien, 50 Pfund Stampfmelis, Macareni, eine große Parthie Eiernudeln, Stearinlichter, Unschlittlichter, 250 Pfund Schweineschmalz, 12 Centner Soda, 6 Centner Glaubersalz, 50 Pfund gemahlener Zimmt, grüner Thee, schwarzer Thee, eine große Parthie Pfeffer, Piement und sonstige Gewürze, Rosinen, Anis, Orangeat, Citronat, eine Parthie Bonbons, verzuckerte Mandeln, 30 Pfund Kräuterzucker, Honigzucker, Lakriz, 1 Fäßchen mit Häringen, Mohnöl, Lampenöl, Polieröl, Terpetinöl, Polierbranntwein, Spiritus, Fischthran, 1 Centner Wagenfett, 82 Maß Weinessig, 14,500 Drahtstifte, Stärke, Salpetersäure, 90 Flaschen Rum-Punschessenz, 13 Flaschen Rum de Jamaika, 13 Flaschen Arac de Batavia, 40 Maß Nußliqueur, 40 Maß Anisliqueur 2c. 2c., 175 Pfund Waschseife, 156 Pfund Sandseife, eine große Parthie feine Toiletteseife, als: Transparentseife, Windsorseife, Mandelseife, Glicerinseife, 140 Flacon ächtes Eau de Cologne, verschiedene feine Pommade, 34 Töpfchen Cosmetiques, Fenchelhonigextract, 6 Flaschen Extrait d'Absynthe, eine große Parthie Streichhölzer, Spielkarten 2c. 2c.

Pforzheim, den 10. November 1869

Der Massepfleger. Joseph Grießel. **Der Gerichtsvollzieher.** Bentner.

Epileptische Krämpfe (Fallsucht) heilt der Specialarzt für Epilepsie **Dr. O. Killisch** in Berlin, **Mittelstrasse No. 6.** — Auswärtige brieflich. — Schon über Hundert geheilt. F.110

F.862.

Zur gefälligen Beachtung.

Gesuche um Verkaufsstellen der ächten Johann Hoff'schen Malzpräparate, welche mit Angabe von Referenzen an des Hoflieferanten Johann Hoff's Filiale in Cöln zu richten sind, finden nur für solche Städte und kleinere, geeignete Ortschaften Berücksichtigung, wo noch keine Verkaufsstellen vorhanden sind.

Das allgemeine deutsche Heiraths-Vermittlungs-Institut in Darmstadt,

welches durch seine allgemein bekannte Reellität sich einen europäischen Ruf gegründet, und seither mehrere Ehebündnisse in höchster und bürgerlicher Sphäre abgeschlossen hat, empfiehlt sich hiermit Heirathslustigen beiderlei Geschlechtes. Offerten in allen Ständen, vom höchsten Adel bis zum Bürgerstande. (Damen werden von der Frau des Direktors beschieden; Comptoir für dieselben ganz appart.)

Keine Vorausbezahlung bis wirklich eine Verehelichung stattgefunden. Statuten gratis.

Unsere Vermittlungen erstrecken sich auch ins Ausland.

Die Direktion.

H.82.

F.945.

1000 Ohm Wein

der besten Jahrgänge,

als: reingehaltene **Markgräfler, Kaiserstühler,** sowie **weiße** und **rothe Schloßberger-Weine** eigen Gewächs, sind **faßweise** vortheilhaft zu kaufen bei

Carl Kapferer-Gramm in Waldkirch i. B.

Strafrechtspflege.

Ladungen und Fahndungen.

E.777. J.Nr. 3223. Stockach. Der Rekrut des 2. Dragonerregiments Markgraf Maximilian, Julius August Eugen Riednagel von Kehl, Amts Kork, dessen Aufenthalt zur Zeit unbekannt ist, wird aufgefordert, sich sofort bei seinem Truppentheil in Karlsruhe zu stellen. Sollte es nicht spätestens am 15. Dezember d. J. geschehen sein, so wird das Desertionsverfahren gegen ihn eingeleitet.

Stockach, den 13. November 1869.

Großh. Landwehr-Bezirks-Commando Stockach Nr. 10.

E.791. Nr. 26,096. Freiburg. Bäcker Friedrich Kray von Bahlingen soll in einer Untersuchung als Zeuge einvernommen werden und bitten wir, uns von seinem hier unbekannten Aufenthaltsorte zu benachrichtigen.

Freiburg, den 12. November 1869.

Großh. bad. Amtsgericht.
Gräff.

Verwaltungssachen.

Polizeisachen.

H.96. Nr. 10,653. Radolfzell. Johann Hangarten, lediger, 18½jähriger Bäckergesell von Wangen, beabsichtigt, nach Amerika auszuwandern. Etwaige Anforderungen an denselben sind

binnen 8 Tagen

gerichtlich oder außergerichtlich anzutragen, da nach Umfluß dieser Frist der Reisepaß verabfolgt wird.

Radolfzell, den 13. November 1869.

Großh. bad. Bezirksamt.
Eschborn.

H.88. Nr. 11,102. Lahr. Der ledige Karl Wangner, Weber von hier, beabsichtigt, nach Amerika auszuwandern. Etwaige Gläubiger desselben werden aufgefordert, ihre Ansprüche

binnen 8 Tagen

entweder außergerichtlich oder vor Gericht zu wahren, da nach Ablauf der Frist der Reisepaß ausgefolgt werden wird.

Lahr, den 15. November 1869.

Großh. bad. Bezirksamt.
Päßler.

H.79. Nr 7284. Weinheim. Taglöhner Peter Schubach von Heddesheim beabsichtigt, mit seiner Familie nach Amerika auszuwandern. Dies wird den etwaigen Gläubigern desselben mit dem Anfügen bekannt gemacht,

innerhalb 8 Tagen

sich entweder außergerichtlich mit ihrem Schuldner abzufinden, oder ihre Ansprüche bei Gericht zu wahren, da nach Ablauf der Frist die Auswanderungserlaubniß ertheilt werden wird.

Weinheim, den 13. November 1869.

Großh. bad. Bezirksamt.
Lang.
Dingeldein.

H.80. Nr. 7285. Weinheim. Georg Kolb Wtb. von Heddesheim will nach Amerika reisen. Hievon werden etwaige Gläubiger derselben in Kenntniß gesetzt, um sich entweder außergerichtlich mit ihrer Schuldnerin abzufinden, oder ihre Ansprüche bei Gericht zu wahren, da nach Ablauf der Frist der Reisepaß wird ausgefolgt werden.

Weinheim, den 13. November 1869.

Großh. bad. Bezirksamt.
Lang.
Dingeldein.

Vermischte Bekanntmachungen.

H.95. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Bei der Telegraphenstation Baden Stadt wird mit dem 16. d. Mts. **beschränkter** Tagesdienst eingeführt.

Karlsruhe, den 15. November 1869.

Direktion der Großh. Verkehrsanstalten.
B. V. d. D.
Poppen.
Stutz.

H.89. Auenheim, Bezirksamt Kork.

Aufforderung. Zur Fortführung und Ergänzung der stückweisen Vermessung und des Lagerbuches der Gemarkung Rheinbischofsheim mit der Korkerwaldgenossenschaft ist Tagfahrt auf

Montag den 29. November d. J.,
Morgens 9 Uhr,

in dem Rathhause in Rheinbischofsheim anberaumt.

Die Grundeigenthümer dieser Gemarkung werden aufgefordert, die über an ihren Grundstücken vorgekommene Grenzveränderungen nöthigen Handrisse und Meßurkunden noch vor der Tagfahrt dem Gemeinderath in Rheinbischofsheim zu übergeben, da solche nach § 7 der Verordnung Großh. Finanzministeriums vom 3. Dezember 1858 sonst auf Kosten der betr. Grundbesitzer angefertigt werden.

Das Nachtragsverzeichniß ist zu Jedermanns Einsicht in dem Rathhause in Rheinbischofsheim aufgelegt.

Auenheim, den 15. November 1869.

Der Bezirksgeometer
C. Protz.

H.77. Oppenau.

Zweite Versteigerung.

In Folge richterlicher Verfügung werden dem Finkenwirth Theodor Endrich Eheleuten von Ibach am

Freitag den 26. November l. J.,

Vormittags 9 Uhr, im Rathhause daselbst folgende Liegenschaften öffentlich zu Eigenthum versteigert, wobei der endgiltige Zuschlag um das sich ergebende höchste Gebot erfolgt, auch wenn solches unter dem Schätzungspreis bleiben würde.

1.

Eine zweistöckige Behausung mit der Schildgerechtigkeit zum Finken, sodann Scheuer, Stallung, Schopf, Metzig und Backhaus, nebst 64 Rth. Hausgarten und 153 Rth. Hofraithe, sowie das auf dem Hause ruhende Privatwaldrecht eines Halbbauern. Anschlag . . . . . 10,000 fl.

2.

280 Rth. Ackerfeld am Schellenberg und 1 Mrg. 120 Rth. Acker und Mattfeld unter dem Hause . . . . . 3,500 fl.

3.

1 Mrg. 170 Rth. Acker und Mattfeld oberhalb der untern Finkenbrücke . . . 3,000 fl.

4.

2 Mrg. Acker und Mattfeld, in den Erlen gelegen, mit dem Stückchen Mattfeld an der Straße . . . . . 2,050 fl.

5.

1 Mrg. 352 Rth. Matte und Ackerfeld alloa . . . . . 1,950 fl.

6.

1 Sägmühle mit 44 Rth. Hofraithe, 16 Rth. Mühlbach und 15 Rth. Oedung, Holzplatz 2c. . . . . 3,500 fl.

Zusammen . 24,000 fl.

Oppenau, den 26. Oktober 1869.

Der Vollstreckungsbeamte:
Ed. Eck, Großh. Notar.

F.919. Nr. 459. Bruchsal.

Besen-Lieferung.

Der Bedarf von beiläufig
1500 Stück Zimmerbesen und
1500 Stallbesen

für die Garnisonsverwaltung Bruchsal für das Jahr 1870 soll im Soumissionswege an den Wenigstfordernden in Lieferung begeben werden.

Diejenigen, welche die Lieferung übernehmen wollen, werden eingeladen, ihre Angebote schriftlich, versiegelt und mit der Aufschrift:

„Besen-Lieferung"

bis Montag den 22. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, auf dem Bureau der Garnisonsverwaltung einzureichen, woselbst auch die näheren Bedingungen eingesehen werden können.

Bruchsal, den 8. November 1869.

Großh. Garnisonsverwaltung.

H.91. Rastatt.

Wolldecken-Versteigerung.

Am Donnerstag den 25. d. M., Vormittags 9 Uhr, werden in der Schloßgartenkaserne 538 Stück ältere Wolldecken fruherer Ordonnanz, welche noch zu Bett-, Pferde- und Bügelteppichen gut verwendbar sind, gegen Baarzahlung öffentlich versteigert.

Rastatt, den 15. November 1869.

Großh. Garnisons-Verwaltung.

H.41. Nr. 2649. Ettlingen.

Versteigerung alter Monturen und Wolldecken.

Die auf

Donnerstag den 11. November 1869

angekündigt gewesene Versteigerung alter Monturstücke und Wolldecken wird am

Mittwoch den 24. November 1869

und, wenn nöthig, am

Donnerstag den 25. November 1869,

jeweils Vormittags 9 Uhr beginnend, fortgesetzt.

Ettlingen, den 12. November 1869.

Großh. Montirungsdepot.

H.49. Waldshut.

Steigerungs-Ankündigung.

In Folge richterlicher Verfügung werden dem Wirth Andreas Herzog von Röggenschwiehl am

Dienstag den 7. Dezember d. J.,
Mittags 1 Uhr,

im Wirthshaus in Röggenschwiehl nachbenannte Liegenschaften unter dem Anfügen öffentlich versteigert, daß der endgiltige Zuschlag sogleich erfolge, wenn der Anschlag auch nicht geboten wird.

1) Eine zweistöckige Behausung mit Realwirthschafts-Gerechtigkeit zum Rößle, einem zweistöckigen Anbau, Gemüse- und Weinkeller, Kegelbahn, Scheuer und Stallungen, Brunnen und 1 Jauchert 3 Vierling 50 Ruthen Wiesen und Garten beim Haus, zusammen taxirt zu . . . . . 7000 fl.
2) 4 Jauchert Reutfeld . . . . . 450 fl.
3) 4 Jauchert Wiesen . . . . . 1200 fl.
4) 30 Jauchert 2 Vierling 56 Ruthen Acker in 16 Abtheilungen . . . . 1805 fl.

Summa 10455 fl.

Waldshut, den 12. November 1869.

Der Vollstreckungsbeamte:
Knoch.

H.52. Nr. 692. Waldkirch. (Holzversteigerung.) Aus dem Domänenwaldistrikt Kastellwald versteigern wir loosweise und mit halbjähriger unverzinslicher Borgfrist

Donnerstag den 25. d. M.,
Vormittags 10 Uhr,

im Badwirthshause zur Arche hier:

7 tannene Sägklötze, 178 tannene Baustämme, 1 eichenen Klotz, 4½ Klftr. buchenes und 12 Klftr. tannenes Scheitholz; 6 Klftr. buchenes, 15 Klftr. tannenes, ½ Klftr. eichenes und 5½ Klftr. gemischtes Prügelholz, sowie 300 Stück tannene und gemischte Wellen.

Waldkirch, den 11. November 1869.

Großh. bad. Bezirksforstei.
Krutina.

H.90. (Versteigerung von forlenem Nutz-, Bau- und Schwellenholz im Forstbezirk Schwetzingen.) Am Montag den 22. November, früh 9 Uhr, versteigern wir im Adler zu Ofterdingen 24 Stück Nutz- und Bauholz und 1181 Stück zu Schwellenholz abgelängte Stämme und Klötze, welche in der obern und untern Hardt, davon 831 Stück im Ziegelschlag zunächst der Staatsstraße, liegen. Gegen genügende Bürgschaftsleistung wird für den Steigschilling Zahlungsfrist bis 1. Oktober l. J. bewilligt werden. Schwetzingen, den 13. November 1869. Großh. bad. Bezirksforstei. A. Cron.

H.22. Nr. 11,220. Baden. Die Verkaufsbude Nr. 29a auf der Promenade dahier ist pachtfrei geworden, und wird hiermit zur Wiederverpachtung auf drei Jahre mit dem Anfügen ausgeschrieben, daß Handschuhhändler vorzugsweise Berücksichtigung finden werden. Die Bewerber haben ihre deßfallsigen Gesuche innerhalb vierzehn Tagen schriftlich oder mündlich bei unterzeichneter Stelle einzureichen, woselbst auch die Pachtbedingungen eingesehen werden können. Baden, den 11. November 1869. Großh. Bezirksamt, Badanstalten-Commission. v. Göler.

H.16. Ettlingen.

Kapitalien auszuleihen.

Bei diesseitiger Verwaltung liegen Gelder zum Ausleihen gegen vorschriftsmäßige gerichtliche Versicherung bereit.

Ettlingen, den 12. November 1869.

Großh. vereinigte Schulfonds-Verwaltung.

H.40. Offenburg.

Kapital auszuleihen.

Gegen gerichtliche Versicherung liegen 10,000 fl. zum Ausleihen bereit.

Offenburg, den 13. November 1869.

Großh. bad. Stiftungenverwaltung.
Pezold.

H.36. Nr. 13,724. Rastatt. (Erledigte Stellen.) Auf 1. Februar 1870 haben wir zu besetzen eine Aktuarstelle mit 450 fl. und eine Dekrpistenstelle mit 300 fl. Gehalt, beide mit namhaftem Nebeneinkommen.

Bewerber mit schöner Handschrift werden eingeladen.

Rastatt, den 13. November 1869.

Großh. bad. Amtsgericht.
Pfaff.

(Mit einer Beil. der Allgemeinen Versorgungsanstalt im Großherzogthum Baden.)

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.